



UHH · StuPa-Präsidium · Von-Melle-Park 5 · D-20146 Hamburg

B1718-003 Beschluss des Studierendenparlamentes vom 15.06.2017

G20 ausladen!

Auf dass die Bevölkerungen selber sprechen.

Am Mittwoch, den 31. Mai hat das Bündnis „Gemeinsam statt G20“ über 14.500 Unterschriften für die Volkspetition „G20 stoppen! Für Frieden und Gerechtigkeit“ an die Hamburgische Bürgerschaft übergeben. Mit ihren Unterschriften setzen sich die Hamburgerinnen und Hamburger für verstärkte öffentliche Investitionen, internationale Verständigung im Rahmen der UN und Schaffung von Frieden mit zivilen Mitteln statt eines elitären G20Gipfels ein. Die Bürgerschaft wird damit aufgefordert, den Gipfel in Hamburg abzusagen. Diese Forderung entspricht auch der verbreiteten Auffassung in der städtischen Öffentlichkeit, wie sie u.a. in einer Umfrage des Hamburger Abendblatts zum Ausdruck gebracht wurde: etwa Dreiviertel gaben an, nicht gut zu finden, dass der G20Gipfel in Hamburg stattfinden soll.

Das Studierendenparlament fordert die Bürgerschaft auf, die tausenden Unterschreibenden und das Meinungsbild in der Öffentlichkeit ernst zu nehmen. Die so artikulierten Interessen der Bevölkerung dürfen nicht länger den Wünschen einiger Staatsmänner und frauen untergeordnet werden, ein ShowEvent zur Machtdemonstration und zur Beschönigung einer Politik zu veranstalten, die gegen die Mehrheit der Menschen wirkt. Die Hamburger haben die G20 bereits ausgeladen, die politisch Verantwortlichen sollten sich dringend anschließen. Wir fordern die Bürgerschaft auf, noch vor ihrer nächsten Sitzung eine Sondersitzung des für die Volkspetition zuständigen Ausschuss einzuberufen, damit die Bürgerschaft noch vor dem G20-Gipfel seine absage beschließen kann.

Die Demonstration zur Übergabe der Unterschriften mit internationalen RednerInnen aus Brasilien, Griechenland, Polen, Senegal, Afghanistan und kurdischen Gebieten in Syrien und der Türkei haben gezeigt: Die sozialen Bewegungen überall auf der Welt haben bereits weitreichende Antworten entwickelt auf die großen Herausforderungen Armut und Hunger, soziale und kulturelle Ungleichheit, Krieg und Ausbeutung. Es ist an der Zeit, dass die Bevölkerungen selber sprechen.